

Niederschrift über die Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz und des Stadtentwicklungsausschusses am 20.04.2010

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar

Herr Carsten Krumhöfner

Herr Hartmut Meichsner

Stellv. Vorsitzender

Herr Ralf Nettelstroth

Herr Stefan Röwekamp

SPD

Frau Regina Klemme-Linnenbrügger

Herr Detlef Knabe

Herr Marcus Lufen

Herr Hans-Werner Plaßmann

Herr Ulrich Windhager

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn

Herr Dr. Jörg van Norden

Vorsitzender

BfB

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

FDP

Herr Friedhelm Bolte

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Beratende Mitglieder:

Bürgernähe

Herr Martin Schmelz

Beirat für Behindertenfragen

Herr Jürgen Heuer

Seniorenrat

Herr Dr. Wolfgang Tiemann

Stadtentwicklungsausschuss

CDU

Herr Hartmut Meichsner
Herr Ralf Nettelstroth, Stellv. Vorsitzender
Herr Stefan Röwekamp

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Frank Diembeck
Herr Hans-Jürgen Franz
Herr Horst Grube
Herr Markus Müller

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jens Julkowski-Keppler
Frau Marianne Weiß

FDP

Herr Friedhelm Bolte

Die Linke

Herr Onur Ocak

Beratende Mitglieder

Bürgernähe

Herr Martin Schmelz

Seniorenrat

Herr Dr. Wolfgang Tiemann

Verwaltung

Frau Anja Ritschel
Herr Gregor Moss
Herr Stephan Blankemeyer
Herr Ralf Großastroth
Frau Silke Ostermann
Herr Reinhard Thiel
Herr Martin Wörmann
Herr Uwe Scheele

Beigeordnete
Beigeordneter

Dezernat 3
Dezernat 4
Bauamt
Bauamt
Bauamt - Schriftführung StEA
Amt für Verkehr
Umweltamt
Umweltamt

Schriftführung:

Frau Katrin Köppe

Umweltamt

Vor Eintritt in die Sitzung

Der Vorsitzende Herr Dr. van Norden begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass er sich mit Herrn Nettelstroth darauf verständigt habe, den Vorsitz für diese gemeinsame Sitzung zu übernehmen.

Sodann schlägt er vor, Frau Köppe für diese Sitzung zur Schriftführerin zu bestellen. Die Anwesenden stimmen diesem Vorschlag einstimmig zu.

Herr Dr. van Norden stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz form- und fristgerecht eingeladen worden und beschlussfähig sei. Auch Herr Nettelstroth stellt für den Stadtentwicklungsausschuss die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Anträge

Zu Punkt 1.1 Antrag der SPD-, B90/Die Grünen-, FDP-Fraktion: Zweite stationäre Geschwindigkeitsmessanlage auf dem OWD

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0771/2009-2014

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 30.03.2010 mit folgendem Inhalt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine zweite stationäre Geschwindigkeitsmessanlage auf dem OWD zu installieren mit dem Ziel, auch die stadtauswärts führenden Fahrbahnen kontrollieren zu können.

Die Begründung erfolgt mündlich.“

Im Anschluss an die von Herrn Lufen vorgetragene Begründung, die sich wesentlich auf die lärmmindernde Wirkung bezieht, äußern sich die Herren Nettelstroth, Hahn und Schmelz positiv zum Antrag und kündigen ihre Zustimmung an.

Herr Moss weist auf die derzeitigen Beschränkungen während der vorläufigen Haushaltsführung bei der Stadt Bielefeld hin. Derzeit stehe die geplante Geschwindigkeitsmessanlage auf dem Prüfstand. Eine Realisierung sei nur mit Zustimmung der Kommunalaufsicht möglich.

Auf die Frage von Herrn Bolte, ob die Anlage auch Motorradfahrer erfassen würde, teilt Herr Moss mit, dass diese auch von der neuen Anlage erfasst werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine zweite stationäre Geschwindigkeitsmessanlage auf dem OWD zu installieren mit dem Ziel, auch die stadtauswärts führenden Fahrbahnen kontrollieren zu können.

Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses:

- einstimmig beschlossen -

Entscheidung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz:

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.2

Antrag der SPD-, B90/Die Grünen-, FDP-Fraktion: Software für die Verkehrszählung auf dem OWD

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0772/2009-2014

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 30.03.2010 mit folgendem Inhalt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Software für die Verkehrszählung auf dem OWD schnellstmöglich zu installieren und die notwendigen Serverkapazitäten hierfür bereitzustellen.“

Die Begründung erfolgt mündlich.“

Herr Moss teilt hierzu mit, dass es sich bei den in Bielefeld derzeit im Einsatz befindlichen Geräte um Anlagen der Firma Robot handeln würde. Verkehrszählungen würden derzeit an verschiedenen Stellen, u.a. im OWD-Tunnel durchgeführt. Er weist darauf hin, dass die Geräte nicht völlig fehlerfrei arbeiten würden, da fehlerhafte Erfassungen, z.B. bei Spurwechseln, möglich seien.

Die jetzt beantragte Anlage sei ohnehin vorgesehen. Die Installation erfolge durch das Amt für Verkehr. Für die Anschaffung des Servers, der Voraussetzung für den Betrieb sei, sei das Ordnungsamt zuständig. Dieses habe den Server bereits beauftragt. Die Bereitstellung sei für Mai vorgesehen.

Auf eine Abstimmung wird verzichtet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2

Entwurf des Lärmaktionsplanes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0566/2009-2014

Frau Ritschel stellt den Lärmaktionsplan als Planwerk vor, mit dem in den nächsten Jahren weitergearbeitet werden könne. Sie weist darauf hin, dass sich aus dem Plan kein Rechtsanspruch für Einzelne auf konkrete Umsetzungsmaßnahmen ergeben würde.

Sie teilt mit, dass die verschiedenen Planungsträger wie üblich mit eigenen Verkehrserhebungen und Berechnungen gearbeitet hätten. Die einzelnen Verfahren und Rechtsgrundlagen ergeben sich aus der Synopse, die mit der Einladung versandt worden sei.

Der Entwurf des Lärmaktionsplans soll nach Beschluss öffentlich ausgelegt und den Bürgern vorgestellt werden. Der abschließende Plan soll im Herbst von den zuständigen Gremien und dem Rat beschlossen werden.

Herr Wörmann teilt mit, dass Herr Schönenberg und Herr Till von moBiel sowie Herr Blankemeyer, Bauamt und Herr Thiel, Amt für Verkehr, anwesend seien. Die ebenfalls eingeladenen Vertreter von Straßen.NRW sowie der Bahn hätten abgesagt.

Herr Lufen fragt, in welcher Form eine Bürgerbeteiligung vorgesehen sei. Er hält eine einfache Auslegung des Plan-Entwurfs nicht für ausreichend.

Frau Ritschel antwortet, dass bereits fünf Veranstaltungen in den Bezirken stattgefunden hätten. Jetzt sei noch eine große Informationsveranstaltung geplant. Nach Auswertung von Anregungen seien Beratungen in den Bezirksvertretungen vorgesehen. Der Entwurf des Lärmaktionsplans soll neben der öffentlichen Auslegung auch im Internet veröffentlicht werden.

Frau Bernauer berichtet zur Vorlage und stellt den im Entwurf vorliegenden Lärmaktionsplan vor. Sie stellt folgende Schwerpunkte aus der ersten Lesung im AfUK besonders hervor:

Zum Thema **passiver Lärmschutz** habe es Kritik gegeben, da dieser allein nicht ausreichend sei. Für viele Ausschussmitglieder sei die Forderung nach **Tempo 30 – Zonen** wichtig gewesen, die bereits seit längerem in vielen Wohngebieten realisiert worden seien. Es sei in der letzten Sitzung bereits die Forderung nach einer weiteren **Geschwindigkeitsmessanlage auf dem OWD** geäußert worden. Wichtig seien auch die Punkte „Intelligente Verkehrsführung“, „Bau von Lärmschutzanlagen“ und „Einsatz von Flüsterasphalt“ gewesen.

Der Lärmaktionsplan solle eine Basis für zukünftige konkrete Entscheidungen darstellen. Die Planung werde nach der Beschlussfassung des Rates über das Land an die EU weitergereicht.

Herr Lufen äußert seine Wertschätzung für den Entwurf. Er bedauert, dass die Bahn noch nicht alle Daten zur Verfügung gestellt habe. Er kündigt politische Anträge für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung an.

Auf die Frage von Herrn Windhager zur Methode der Lärmermittlung, antwortet Frau Bernauer, eingegangen seien die Topographie lt. Daten der Landesvermessung, die Gebäude auf der Grundlage der automati-

sierten Liegenschaftskarte, alle vorhandenen Lärmschutzanlagen und Verkehrsdaten der Stadt bzw. des Landes.

Herr Stiesch fragt nach der Bezugshöhe für die Lärmberechnungen. Lt. Auskunft von Frau Bernauer beziehen sich bei der Berechnung der Lärmbelastung alle Werte auf eine Immissionsorthöhe von vier Metern.

Herr Stiesch bemerkt, dass die privaten Bahnen nicht aufgeführt seien. Frau Bernauer teilt hierzu mit, dass von der Bahn nach den verbindlichen Vorschriften nur die Hauptstrecken kartiert würden.

Herr Schmelz möchte wissen, wie wirksam der Entwurf denn tatsächlich sei. Könne der Lärm absehbar verringert werden und sei dieses überprüfbar? Dieser Aspekt fehle ihm. Die A 33 sei zu berücksichtigen und auch das Bielefelder Verkehrsprogramm. Der Verkehr solle gebündelt werden. Inwieweit solle dadurch der Verkehr reduziert werden?

Frau Ritschel antwortet, dass der Plan eine Wirkung entfalten könne. Allerdings nicht sofort und nicht schlagartig. Der Lärmaktionsplan sei in fünf Jahren fortzuschreiben und sei dann überprüfbar. Sie sei vorsichtig optimistisch.

Herr Nettelstroth merkt dazu an, dass viele Erwartungen nicht erfüllt werden könnten. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Haushaltssituation sei eine Umsetzung kaum möglich. An Stelle von Verboten (z.B. Fahrverboten für LKW) sei ein Gesamtverkehrskonzept erforderlich. Man müsse abwägen, was machbar sei. Er hoffe, dass man in 5 Jahren auf tatsächliche Werte zurückgreifen können und nicht nur auf berechnete. Er teilt mit, dass auch bei moBiel an der Minderung des Lärms gearbeitet werde. Mobilität sei ein Grundbedürfnis, daher müsse man sich diesen Fragen stellen. Es sei auch eine Erhöhung des Radverkehrs wichtig. Ein Radkattaster wurde daher im Stadtentwicklungsausschuss gefordert. Der Schritt in die öffentliche Beratung des Lärmaktionsplans werde von ihm unterstützt.

Herr Julkowski-Keppler fragt nach Angaben zur Höhe der bei der Bahn von den Werten über 70 dB(A) am Tag und über 65 dB(A) in der Nacht Betroffenen.

Frau Bernauer liegen derzeit hierzu keine Daten von der Bahn vor. Sie hoffe aber, dass die Daten bis zum endgültigen Plan vorliegen und noch eingearbeitet werden.

Herr Lufen äußert zum Thema „Bahn“, dass diese sich ein Beispiel an moBiel nehmen solle, die schon jetzt viel für den Lärmschutz tun.

Herr Hahn meint, dass die Bürger hohe Erwartungen an den Lärmaktionsplan stellen, die nicht erfüllt werden können. Trotzdem sei er eine gute Basis. Er appelliert an die Solidarität der Bürger. Denn wer selbst ruhig wohnen möchte, solle sich auch selbst entsprechend verhalten.

Herr Stiesch fordert für die Fortschreibung in 5 Jahren verbindliche Festlegungen. Er fürchtet, dass nur wenig umgesetzt werden könne.

Herr Meichsner merkt an, dass zusätzlich zu den bisher genannten

Lärmquellen, dem Individualverkehr und der Bahn, es noch weitere Lärmquellen gebe. Er spricht insbesondere Baustellen mit Nacharbeiten und Arbeiten an Wochenenden an.

Man dürfe aber nicht nur den verkehrlichen Bereich im Fokus haben. Mit der Bündelung von Verkehr sei ein höheres Lärmpotential der Anwohner verbunden. Ruhige Zonen führen wiederum zu stärker belasteten Bereichen an anderer Stelle. Es werde in zu starkem Maße nur eine Facette betrachtet, aber nicht die Gesamtstadt.

Herr Schmelz meint, dass der gesetzliche Auftrag zur Lärminderung zu erfüllen sei, ansonsten habe der Lärmaktionsplan sein Ziel verfehlt. Er spricht an, dass hoher Lärm auch ein Standortnachteil für Bielefeld sein kann.

Herr Bolte betont, dass Lärm krank mache, daher solle man nicht zu lange warten. Lärm werde zurzeit nur verwaltet. Um kurzfristig weiterzukommen, seien auch Verbote erforderlich. Er fordert aber auch ein Verkehrslenkungskonzept.

Herr Diembeck befürchtet, es werde der Eindruck erweckt, dass nichts getan wird. Der Plan habe aber jetzt schon mittelbare Wirkung für die Bauleitplanung und die Verkehrslenkung.

Herr Grube erläutert, dass er selbst seit über 30 Jahren an der Otto-Brenner-Straße mit einer momentanen Verkehrsbelastung von 24.000 KFZ täglich wohne. Diese Straße habe eine wichtige Bedeutung für die Stadt; mit der hohen Verkehrsbelastung habe er sich daher abgefunden. Eine hervorragende Infrastruktur sei in Deutschland ein wichtiger Standortfaktor. Dennoch halte er den Lärmaktionsplan für wichtig.

Er nennt weitere Lärmquellen wie Stadtfeste, Aktionen und allgemein das Leben in der Stadt nach 22 Uhr.

Herr Nettelstroth meint hierzu, dass es auch um die Aufenthaltsqualität in der Stadt gehe. Es gehe auch um Freizeitlärm. Hierzu nennt er u.a. das Stichwort „Stadion“. Man müsse berücksichtigen, welche Auswirkung welche Maßnahme habe.

Er betont, dass Lärm krank machen könne, Lärmschutzfenster werden von ihm befürwortet.

Herr Schmelz hält Lärmschutzfenster für wenig wirksam, da auch ein Aufenthalt im Freien wichtig sei. Er hält die Lärmbelastung für Personen, die nach Bielefeld ziehen möchten, für einen wichtigen Entscheidungsgrund.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss sowie der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließen den Entwurf des Lärmaktionsplans auszulegen und in einer öffentlichen Informationsveranstaltung zu erläutern.

Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses:

- einstimmig beschlossen –

Entscheidung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz:

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Dr. Jörg van Norden
Vorsitzender AfUK

Ralf Nettelstroth
stellv. Vorsitzender StEA

Katrin Köppe
Schriftführung